

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Einzelnummer 25 Pfg. ...

Dienstag, den 9. August 1921

Einzelnummer 25 Pfg. ...

Gegen die Brotpreiserhöhung! Zur Erhöhung der Brotpreise.

Während die Regierung die letzten Vorbereitungen für die Ausplünderung der proletarischen Massen durch die Steuern trifft, während die „Arbeitervertreter“ in der Regierung darüber händeln, wie diese Ausplünderung dem Proletariat gegenüber aufzumachen ist, d. h. wieviel als indirekte, unmittelbare Ausplünderung und wie wenig als direkte durch einen kleinen Umweg arrangierte Ausplünderung der proletarischen Massen bezeichnet werden soll, wird von den Großagrarierern der Hungerfeldzug gegen das Proletariat konsequent vorbereitet.

Das Wirtschaftsministerium kündigte vor kurzem an, daß die Preise für das Getreide, das nach dem Umlageverfahren abzuliefern ist, „nur“ um 50 Prozent erhöht werden, um die „leidenden“ Agrarier zu entschädigen. Statt der 6 Millionen Tonnen, die nachweislich abgeliefert werden könnten, sollen die Agrarier in diesem Jahre nach dem Beschluß des Reichstages nur 2 1/2 Millionen Tonnen Getreide abliefern. Aber selbst diese 2 1/2 Millionen Tonnen werden ganz bestimmt nicht abgeliefert werden, und zwar aus „verschiedenen“ Gründen. Die Agrarier haben, wenn sie ihr Getreide im freien Handel verkaufen, die Möglichkeit, die Preise zu verteuern. Deshalb ist das Geschrei der Großagrarier verständlich, daß sie auch diese 2 1/2 Millionen nicht liefern können, weil angeblich das Wetter diesmal nicht günstig war, weil sie, wie sie sagen, eine Missernte haben, und die landwirtschaftlichen Stellen im Reichswirtschaftsministerium sind „geneigt“, diese Klagen zu berücksichtigen! und so winken den Großagrarierern weitere Milliardenprofite!

Mitte August soll das rationierte Brot um 2 M. pro Kopf wöchentlich teurer werden!

Da aber die Agrarier diesmal so wenig abliefern, und daß die Zuschüsse der Regierung auf das rationierte Brot, die eingekaufte Getreide die bankrotten Reichsfinanzen ungeheuerlich belasten würden, wird die Regierung dazu übergehen, die Brotrationen zu kürzen. Die Folge wird sein, daß während die Bourgeoisie im freien Handel Brot zur Gänze kaufen wird, die Arbeitermassen dem Hunger preisgegeben werden.

So bereitet sich unter den Augen der Regierung und mit ihrer Zustimmung ein Hungerfeldzug gegen die wertvollen Klassen vor! So wird das Proletariat nicht nur vom Staat durch die Steuern geplündert, sondern es muß neue Milliarden als Liebesgaben für die Agrarier aus sich heraus-schinden lassen!

Die „berufenen“ Arbeiterführer in den Gewerkschaften und den menschenwürdigen Parteien, die in der Reichsregierung und den Landesregierungen sitzen, stehen ratlos da. Sie wissen keinen Rat, obwohl dieselben Agrarier, die diese ungeheuren Gewinne einheimen werden, ihre Landarbeiter hungern lassen.

Gegen den Angriff des Kapitals -- der Gegenangriff des Proletariats.

Ausdehnung des Landarbeiterstreiks in Mecklenburg.

Nach einer telegraphischen Meldung des Landbundes für Mecklenburg-Schwerin an das Schweriner Staatsministerium sind etwa 50 Güter in dem Streik ergriffen. Auch im Süden Mecklenburgs verschärft sich die Situation. Die Metallarbeiter Wisnars beschließen sich mit einem Sympathiestreik zur Unterstützung der Landarbeiter. Der Landbund verlangt das Eingreifen der Regierung.

Wie das Proletariat ausgepowert werden soll.

Wie den P. P. R. mitgeteilt wird, beschäftigt sich der Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats in seiner Sitzung vom 5. August 1921 mit dem ihm vom Reichsfinanzministerium zur Begleichung zugegangenen Gesetzentwürfen betreffend die Erhöhung der Kohlensteuer und Erhöhung der Einfuhrzölle. Der Entwurf eines Gesetzes über Abänderung des Kohlensteuergesetzes vom 8. April 1917 resp. 21. Juni 1921 sieht eine Erhöhung der Kohlensteuer auf 30 Prozent vor mit der Einschränkung, daß der Reichsfinanzminister ermächtigt ist, diesen Steuersatz mit Zustimmung des Reichshofrates und des Reichsrats auf 25 Prozent zu ermäßigen.

Die deutschen Sachleistungen an Frankreich.

In einer Note der Reparationskommission wird bekanntgegeben, daß in den nächsten sechs Monaten auf Grund des Anhanges 4, Teil 2, des Friedensvertrages von Deutschland folgende Viehlieferungen ausgeführt werden müssen: Pferde 29 000, Schafe 130 000, Hornvieh 175 000 Stück. Diese Viehlieferungen sind vorzunehmen außer denen, die auf Grund gewisser Vereinbarungen verschiedener alliierter Regierungen mit Deutschland als Ersatzleistungen für Artikel 238 vorzunehmen sind.

Im Wiederaufbauministerium haben dieser Tage Verhandlungen stattgefunden über deutsche Sachlieferungen für das zerstörte Gebiet in Nordfrankreich. Ueber eine Reihe von Fragen wurde beiderseitige Verständigung erzielt. Der französische Vertreter Zammetz ist heute von Berlin wieder nach Paris abgereist.

Die in Wohnungslöchern haufen lassen, die schlimmer sind als die Schweineflöhe derselben Agrarier. Sie wissen keinen Rat, obwohl die hungernden Landarbeiter sich zum Kampfe gegen die wirtschaftliche Not erhoben haben, sie bulden es, daß auf den Gütern die Technische Nothilfe eingesetzt wird, und sie werden es auch sicherlich bulden, daß die militärischen Helfen der freilestern Republik für „Ruhe und Ordnung“ dort sorgen werden.

In Danzig haben sich der ADGB und die beiden sozialdemokratischen Parteien zur Ausnahme des Kampfes gegen die Brotpreiserhöhung gemeinsam mit den Kommunisten bereitfinden müssen. 50 000 Arbeiter standen dort im Streik. Die Danziger Bourgeoisie hat durch eine brutale Provokation, durch die Verhaftung kommunistischer Abgeordneter mitten aus der Sitzung des Volkstages heraus, und durch die Ausbeutung der gesamten Militärmacht gegen die Streikenden, gezeigt, wie die Bourgeoisie die Forderungen der Arbeiter zu befriedigen gedenkt.

Das ganze deutsche Proletariat muß darum einig und geschlossen gegen den Hungerfeldzug gegen die Brotpreiserhöhung aufmarschieren. Es muß zunächst, um nicht zu verhungern, auf die Verteuerung der Brotpreise antworten mit neuen Forderungen auf wesentliche Lohnerhöhung, und den Kampf um diese Forderungen mit allen zweckmäßigen Mitteln führen. Nur wenn die Arbeiterschaft geschlossen und einheitlich sich gegen diesen Raubzug der Agrarier zur Wehr setzt, wird sie in weiteren Kämpfen erfolgreich sich gegen die Steuern wehren können, indem sie entschlossen den Spieß umdreht und im Kampfe die Enteignung der Vermögen der Großbauern, Großindustriellen und Großgrundbesitzer durchführt.

Von allen Seiten einig und geschlossen geht die kapitalistische Klasse gegen die Arbeiterschaft vor und droht sie ganz zu erdrücken durch die ungeheuerliche Ausplünderung und Ausbeutung. Das ist die praktische Verwirklichung des Ultimatum, die mit blutigen Lettern auf dem Rücken des Proletariats nun geschrieben wird. Hier kann die deutsche Arbeiterschaft sich nur retten, wenn sie ebenso einig und geschlossen gegen diese Gefahren den Kampf führt. Die Millionenmassen des Proletariats müssen die verräterischen Gewerkschaftsführer zwingen, den Kampf aufzunehmen, und wenn es nicht anders geht, über ihre Köpfe hinweg sich zum Kampfe zu finden. Die Arbeitermassen müssen sich unter dem einigen Ruf sammeln gegen die Brotpreiserhöhung! für den Kampf um höhere Löhne!

Darüber hinaus muß sich das Proletariat für den Kampf gegen den Steuerabzug vorbereiten und diese Vorbereitung kann nur im Kampfe selbst erfolgen.

Unter der Peitsche des französischen Militarismus.

Zwei französische Unteroffiziere und zwei Soldaten, welche am 12. Mai in der Kaserne des 1. algerischen Schützenregiments ihre Kameraden zu einer Protestmanifestation und Straßendemonstration gegen die Einberufung des Jahrganges 1919 zu verlocken suchten, wurden vom hiesigen Kriegsgericht wegen Provokation zu militärischem Ungehorsam zu je 2 Jahren Gefängnis und 500 Franken Geldstrafe verurteilt.

Unglücklicherin über den Vorfall in der Kolo-Bucht.

In einer Zirkulernote an die sowjetrussischen Auslandsvertretungen lehnt Tschitscherin die Verantwortung für die Beschädigung der deutschen Minensucher in der Kolo-Bucht mit der Begründung ab, daß das Kommando der Küstenforts lediglich eine Instruktion der Sowjetregierung befolgt habe, auf alle Kriegsschiffe zu feuern, die sich ohne ausdrückliche Genehmigung der Küste nähern würden. Die Auslandsvertreter werden ferner angewiesen, alle Meldungen über angebliche Kriegsschiffe und Küstungen der Sowjetregierung als böswillige Erfindung zu demontieren.

Die Reaktion im Fernen Osten vor dem Zusammenbruch.

Wie „Iswekija“ berichtet, treten zwischen Semjencow und Merkulow immer schärfere Meinungsverschiedenheiten auf. Den letzten Nachrichten zufolge verfolgt Semjencow mit allem Eifer das Ziel, Merkulow zu kürzen. Die Wladivostoker Komödie wird wieder einmal die innere Fäulnis der Generalkonferenz zeigen. Wieder einmal kann die altrussische Reaktion

Die Kantakas-Staaten und Sowjetrußland.

In Linn hat eine Konferenz von Vertretern der Sowjetrepubliken Georgien, Armenien und Aserbeidschan stattgefunden. Eine Resolution der Konferenz betont die Unabhängigkeit der drei Republiken und weist zugleich auf die Notwendigkeit hin, mit der russischen Sowjetrepublik wirtschaftlich aufs engste zusammen zu arbeiten. Vor kurzem sind die Eisenbahnverwaltungen der drei Republiken vereinbart mit den russisch-kaukasischen Eisenbahnen zusammengelegt worden.

I. R. Aus der Feder des „Statistikers“ und ehemaligen Sozialdemokraten Calwer wird am 2. August über die „Erhöhung des Brotpreises“ nach bekannter kriegswissenschaftlicher Methode ein statistischer Schwindel veröffentlicht. Die Tendenz, die dem genannten Artikel zugrunde liegt, ist sehr leicht zu durchschauen. Calwer sucht den beiden kapitalistischen Interessengruppen — Industrie- und Agrarkapital — als getreuer „wissenschaftlicher“ Kapitalnecht zu dienen. Für ihn gilt deshalb in dem genannten Artikel zu beweisen: 1. daß Lohnerhöhungen infolge Brotpreiserhöhung nicht durch die Entwertung der wirtschaftlichen Lage des Proletariats begründet seien, die Lohnkämpfe nur einer Verhezung entsprängen, 2. daß dem Agrarkapital die Möglichkeit der Steigerung des Profites gegeben werden muß. Ferner muß versucht werden, dem Proletariat plausibel zu machen, wie schädlich ersteres, wie nützlich letzteres für seine Interessen ist. Calwer schreibt:

„In der Arbeiterpresse wird wegen der Mitte August eintretenden Erhöhung des Brotpreises sehr lebhaft mobil gemacht. Dabei wird in einer Weise übertrieben, die nur in einer Zeit möglich ist, wo jede nüchterne Ueberlegung (?) verpönt ist. Die Brotpreiserhöhung stellt sich auf 2 M. pro Kopf wöchentlich, bei einer Familie von vier Köpfen auf 8 M. oder im August auf 32 M. Nun haben wir seit Januar einen Rückgang der Kosten der Ernährung zu verzeichnen, der durch die Verteuerung des Brotpreises noch keineswegs ausgeglichen wird. Aber nichtabgesehen davon wird die Brotpreiserhöhung zum Ausgangspunkt neuer Lohnforderungen gekommen und die Lohnforderungen gehen erheblich über den Grad der Brotverteuerung hinaus. Es mag dabei der Umstand grübeln, daß wir vor einer neuen Preiswelle stehen, die eine Steigerung der Preise weit über das Niveau zu Anfang dieses Jahres verheführt hätte; daß die Arbeiterführer im Hinblick auf diese Entwicklung sich sagen, wir wollen die Brotpreiserhöhung benutzen, um dabei gleich eine Steigerung der Löhne durchzusetzen, die dieser zu erwartenden Verteuerung der Lebensmittel Rechnung trägt. Denn bei einer Brotpreiserhöhung sind die Massen viel leichter in Bewegung zu setzen als bei einem Anzeichen der Preise anderer Lebensmittel. Und so erleben wir es in dem Jahre, da maßgebende Kreise von Preisabbau und Lohnabbau fabulierten, daß die Preise steigen und daß die Löhne wieder steigen, und daß es mit der Hoffnung auf eine durch-schnende Erholung der wirtschaftlichen Verhältnisse wieder einmal nichts gewesen ist.“

Die „nüchterne Ueberlegung“ des „Statistikers“ Calwer kommt bei diesen Zeiten nicht sehr zum Vorschein. Einmal stellt er fest, daß die Brotpreiserhöhung unwesentlich ist, daß infolge Rückgang der Ernährungskosten Lohnforderungen wirtschaftlich nicht gerechtfertigt sind und dem Wirtschaftsaufbau im Wege stehen. Auf der anderen Seite spricht er von einer Preiswelle, in deren Verlauf die Preise weit über das Niveau des Jahresanfangs hinausgehen werden.

Offenbar stützt sich Calwer bei seiner Behauptung über die wöchentlich 2 Mark Brotverteuerung pro Kopf auf das zu niedrigen Preisen in Aussicht gestellte Brot aus Umlagegetreide. Gibt sich Calwer der Illusion hin, durch das Umlageverfahren einen nennenswerten Teil des dazu erforderlichen Getreides durch das Reich erfassen zu können, dann ist ihm seine Behauptung, mit einer Empfehlung an eine Kaltwasserheilanstalt, zu verzeihen. Die sich in Schreitritten wälzende Presse des Großagrarier-tums ist unter dem Vorwand der Dürre über die Ablieferung des Umlagegetreides gegenläufiger Ansicht. Das Großagrarierium wird seine wirtschaftliche Macht, genau wie bei der Umgehung, der Sabotage der Zwangswirtschaft, zur Geltung bringen und unter moralischer Berufung auf den Wettergott gar kein oder verschwindend geringe Menge Getreide abliefern.

Doch darüber ist sich auch Calwer klar. Er schreibt: „Die jetzige Erhöhung des Brotpreises ist noch kaum ein Vorgeschmack von dem, was noch kommen wird. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft ist durch die verkehrte Wirtschaftspolitik glücklich soweit heruntergebracht, daß ohne reichliche Einfuhr ein ganz empfindlicher Brotmangel herrschen würde.“

Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß das Proletariat nicht billiges Umlagegetreide-Brot erhalten wird, weil der Profitcharakter der heutigen Wirtschaft ein Niederhalten der Preise einfach nicht zuläßt und, in diesem Falle dem Agrarkapital, die Möglichkeit gegeben werden muß, die erforderlichen Profite zu erlangen, wenn die landwirtschaftliche Erzeugung nicht weiter herabgedrückt werden soll. Diese Feststellung muß sich die arbeitende Bevölkerung in ihrer vollen Schärfe ins Gehirn prägen. Sie zeigt, wir haben darauf immer und immer wieder hingewiesen, die völlige Unmöglichkeit, innerhalb der im Verfallstadium befindlichen kapitalistischen Wirtschaft die Lebenslage des Proletariats zu heben. In gerader, vernehmlicher, herausfordernder Weise schreubert Calwer dem Proletariat entgegen, was es zu erwarten

Handwritten marks at the bottom right corner.

hat, welche Möglichkeiten die kapitalistische Wirtschaft ihm noch bieten kann:

Das Reich kommt aber in immer stärkere finanzielle Verlegenheiten, die es ihm unmöglich machen, Milliardenzuschüsse für die Verbilligung der Volksernährung zu machen. Oder aber ermöglicht man durch unbegrenzte Notenansgabe Milliardenzuschüsse zur Ernährung, um hinterher die Wahrnehmung zu machen, daß man vom Regen in die Traufe kommt. Denn dann steigen wieder die Preise infolge der zunehmenden Geldmengenwertungen um so toller. Und das Ende vom Liede bleibt immer, die Arbeiterchaft in den Städten wird in der Hauptsache die Beute zu bezahlen haben. Bis dahin aber werden freilich die Arbeitermassen sich noch mancherlei Illusionen hingeben, die in ihnen immer wieder die Hoffnung erwecken, es lasse sich noch ein Ausweg aus dem ihnen drohenden Elend finden.

„Prolet, verzichte auf Lohnforderungen, auf Verbilligung der Volksernährung durch das Reich, zähle die Preise, die die Großagrarien von dir fordern, ergie dich in dein Elend“, das ist der Gedankengang des „Statistikers“ Galtver.

Welche Preise kommen nun, nach den Folgerungen aus der wirtschaftlichen Entwicklung, die wir mit Galtvers Ausführungen gezeigt haben, für das Brot in Betracht? Die Marktpreise im freien Handel. Eine kurze Betrachtung zeigt uns ein völlig anderes Bild, als Galtver der „Statistiker“, es entwirft.

Die seitherigen Getreidepreise betragen pro Tonne:

Table with 2 columns: Grain type and price range. Includes Weizen (1540-1640), Roggen (1400-1500), Gerste (1350-1450).

Die Inlands-Marktpreise betragen pro Tonne ab Station laut Bericht vom 29. Juli der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates:

Table with 2 columns: Grain type and price range. Includes Weizen (4600-4740), Roggen (3440-3450), Wintergerste (3660-3760), Sommergerste (4700-4900).

Diese Preise übersteigen heute schon teilweise die Weltmarktpreise. In Newport kostete im Juli eine Tonne Weizen 4085 Mark, in Chicago 3613 Mark. Selbst unter Einrechnung der Frachtkosten — pro Tonne 700 Mark — reichen sie an die deutschen Marktpreise nicht heran.

Nach diesen Feststellungen muß sich der Brotpreis auf etwa den dreifachen Betrag erhöhen. Das heute in Berlin pro Kopf und Woche ausgegebene Brot zu 5 Mark wird also nicht 2 Mark, sondern 10 Mark im Preise steigen. Bei einer Familie von 4 Köpfen nicht 32 Mark, sondern 160 Mark höhere Ausgaben monatlich allein für Brot.

Wohl wird die Regierung noch einige Monate in der Lage sein, teilweise billigeres Brot durch staatliche Verbilligung abzugeben; sie wird das sogar tun müssen aus politischen Gründen, um die „Ruhe und Ordnung“, das heißt die kapitalistische Ausbeutungsgrundlage nicht zu gefährden. Zwangsläufig muß jedoch die kapitalistische wirtschaftliche Entwicklung zu dem Zustand führen, von dem Galtver sagt, daß die Hoffnung auf einen Ausweg aus dem Elend der Arbeitermassen eine Illusion sei. Die Ausführungen Galtvers sind eine ziemlich kalte Dusche für die sozialdemokratischen Führer, die der Utopie nachhingen, dem Proletariat auch nur einigermaßen erträgliche Lebensverhältnisse schaffen zu können durch Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft. Die Theorie — erst Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft, dann Ueberführung zum Sozialismus — ist für das Proletariat der Weg der Verleumdung.

Die ostpreussischen Junker wollen die Brotgetreide-Lieferung sabotieren.

Königsberg, 4. August.

Zur Anforderung der Reichsgetreidestelle an Brotgetreide und Dinstreuen erläßt die ostpreussische Landwirtschaftskammer eine programmatische Erklärung. Nach Anforderung der Reichsgetreidestelle sind von Ostpreußen insgesamt 4307 500 Doppelzentner aufzubringen bei einer Anbaufläche für Brotgetreide von 226 000 Hektar. Das ergibt über fünf Zentner für den Morgen. Die Landwirtschaftskammer weist darauf hin, daß in diesem Jahr eine genaue Schätzung der ostpreussischen Ernte nicht vorliegt. Aber nach Erhebung des Land- und forstwirtschaftlichen Verbandes, die also demnach auch nur eine annähernde ist, beträgt die Ernte in weiten Teilen der Provinz weniger als fünf Zentner pro Morgen, sollte jedoch in einigen Teilen auf sieben Zentner für den Morgen taxiert werden. Die Landwirtschaftskammer weist ferner auf, daß sie bei der Reichsgetreidestelle zwei andere Arten des Umlageverfahrens für Forderungen befürwortet habe, die aber beide abgelehnt worden seien.

Die Landwirtschaftskammer betont,

daß sie infolgedessen anerkennend sei, die Umlage auf die Preise zu verteilen und dafür die Verantwortung zu übernehmen.

Es macht gleichzeitig darauf aufmerksam, daß die einzelnen Kreise und die Landwirte über die Höhe der ihnen zugewiesenen Umlage in Streit geraten werden, und daß dadurch die ostpreussische Brotversorgung gefährdet werden könnte. Wenn die Landwirtschaftskammer auch am Schluß ihrer Kundgebung die Landwirte auffordert, nach besten Kräften Getreide abzuliefern, so dürfte doch klar sein, daß, wenn die Landwirtschaftskammer offiziell erklärt, den Landwirten wird zu viel zugeworfen, auch diejenigen Besitzer mit der Ablieferung von Brotgetreide in Rückstand bleiben werden, die die geforderte Umlage leisten könnten.

Polnische Ueberflucht.

Oberschlesien und sein Ende.

Die gesamte bürgerliche Presse beschäftigt sich wiederum mit dem neuen Plan der Franzosen, der die Annexion Oberschlesiens vorzieht. Sie heizt sich dabei auf Berichte des englischen Liberalen „Manchester Guardian“ aus Opatow und Paris. Diese Berichte enthalten für uns keinerlei neue Tatsachen über Komplikationen, beschäftigen vielmehr nur unsere Aufmerksamkeit auf den gegenwärtigen politischen Kampfbestand im Hinblick auf Oberschlesien.

Briaud selbst soll Polen mitgeteilt haben, daß Frankreich gegenwärtig nicht imstande sei, gegen Englands Willen seine kolonialen Ansprüche durchzusetzen. Briaud selbst ist in einer engen Allianz zu stehen. Will er ganz Oberschlesien den Polen anverleihen, so muß er dafür den übrigen Brüdern den Rest der Grenze solche Konzessionen machen, daß die Kammer ihn fürzag wird. Gelinau es ihm aber nicht, das ober-schlesische Industriegebiet für die Polen zu erwerb, dann ist seine politische Position ebenso heikel wie im andern Fall. Die französischen Radikalen werden seinen Rücktritt verlangen, weil sie kein Hindernis für die Forderungen an Polen erheben können.

Da Frankreichs Stellung im Orient durch die arabischen Siege außerordentlich geschwächt ist, hat es kein Kompensationsobjekt zur Hand, um England damit für den französischen Standpunkt in der ober-schlesischen Frage zu gewinnen.

So erklärt es sich, daß Briaud nach einem Ausweg sucht, um die Umgestaltung hinauszuzögern. Dieser Ausweg ist die „Neutralisierung“ Oberschlesiens. Diese Neutralisierung würde die ober-schlesische Industrie Frankreich anliefern und zugleich Oberschlesien, nicht nur zur wirtschaftlichen, sondern auch zur militärischen Basis der französischen Expansion nach dem Osten machen. Welche Gefahren für Sowjet-Rußland eine solche Lösung in sich schließt, brauchen wir nicht weiter zu betonen.

Wie das Kompromiß zwischen den englischen und französischen Ansprüchen letzten Endes ausfallen wird, läßt sich schwerlich prophezeien. Bisher stehen sich die Gegensätze noch durchaus trag gegenüber. Nach einer Meldung der Nationalzeitung aus Paris sind die englischen und italienischen Sachverständigen für ein ungeteiltes Oberschlesien, das dann ganz Deutschland zugewiesen werden soll. Die französischen Sachverständigen dagegen sollen folgende Grundsätze aufgestellt haben: Entweder wird der Grundsatz von der Unteilbarkeit des Industriegebietes aufgestellt, dann müßte dieses ungeteilte Industriegebiet Polen zugesprochen werden, da sich in diesen Bezirken eine leichte polnische Mehrheit gezeigt habe. Oder aber es würde die Einheit des Industriegebietes gebrochen, und in diesem Falle müssen die Grenzlinien von Gemeinde zu Gemeinde je nach dem Abstammungsergebnis, gezogen werden. Die französischen Blätter verhehlen nicht, daß der französische Standpunkt gegenüber der englisch-französischen Auffassung kaum durchbringen werde. Ein Kompromiß unter den Sachverständigen sei nicht zu erwarten.

Eine besonders schwere Gefahr für die französische Oberschlesienpolitik sieht die Pariser bürgerliche Presse darin, daß die Stellung Londons Georges durch die britische Reichskonferenz der Premierminister gestiftet worden sei. Die Konferenz habe sich mit der Politik Londons Georges in der ober-schlesischen Frage einverstanden erklärt. Die Reichskonferenz habe deutlich genug den Wunsch zu erkennen gegeben, die französische Vormachtstellung in Europa eingebremst zu sehen.

Der Kampf der russischen Arbeiter und Bauern.

Aus allen Nachrichten, die wir direkt aus Sowjetrußland bekommen, spricht die feste Zuversicht, daß Sowjetrußland auch die jetzige Krise, trotz ihrer fürchterlichen Größe, überwinden wird. Nicht so sehr die Nachricht, daß in einzelnen Gebieten die Ernte doch besser als erwartet wurde ausgefallen sei, als die täglichen tausenden Beweise von dem unerhörten und in der gesamten Geschichte einzig dastehenden Opferwillen der russischen Arbeiter und Bauern geben auch uns diese Zuversicht. Was der russische Arbeiter und Bauer an freiwilligen Opfern und freiwilliger Arbeit nach fünf Jahren des Kampfes und der Not auf sich nimmt, krönt seine bisherige felsenartige Standhaftigkeit und sein unaussprechlich hohes Heldentum.

In einer großen Anzahl von Betrieben arbeiten die russischen Arbeiter freiwillig länger, um den Ertrag dieser Ueberstunden den Hungernden zuzuführen, sie verzichten auf einen Teil ihres Ertrages, um ihren Brüdern zu helfen. An Notensamstagen und Notensonnagen wird, und das mit besonders hohen Produktionsleistungen, für die Hungernden gearbeitet. Die Kommunisten und die Parteiloosen werden in diesem Kampf gegen den Hunger zu einem festen Block zusammengeschweiselt. Nach dem imperialistischen Krieg, nach Bürgerkrieg, nach Hunger, Kälte, nach all den Enttäuschungen der russischen Arbeiter, die sehen mußten, daß das europäische Proletariat sie im Stich ließ, bringen diese Arbeiter und zum Teil auch Bauern aus eigener Initiative noch Kräfte auf, die den Bestand Sowjetrußlands und auch die Niederringung aller konterrevolutionären Elemente, die sich an die Lasterfläche wagen, sichern.

Solche unermeßlichen Kräfte, wie sie noch nie ein Volk in der Welt bewiesen hat, konnte nur das Bewußtsein, für die Weltrevolution und für das Proletariat zu kämpfen und zu leiden, in unseren russischen Brüdern erzeugen. Aber einmal endlich müssen die Arbeiter der Welt und insbesondere die deutschen Arbeiter ihren Vorkämpfern zeigen, daß nicht alle Hoffnungen des russischen Proletariats verflüchtigt sind. Mögen, wie die Bürgerlichen zum Sturz der Sowjetregierung auffordern, auch die sozialdemokratischen Rebellenteure und Sekundäre es tun, die sozialdemokratischen Arbeiter wissen, daß sie auf der Seite Sowjetrußlands stehen müssen.

Hilfe für Sowjetrußland bedeutet Hilfe für das gesamte Proletariat, Kampf gegen die Sowjetrußland bedrohende Reaktion bedeutet Kampf gegen die das deutsche Proletariat bedrohende Reaktion.

(21.) Moskau, 6. August.

Das Volkskommissariat für den östlichen Verkehr und die Eisenbahnen hat im Monat Juli 30 000 Personen aus den Grenzgebieten nach Sibirien überführt, wo sie Nahrung und Arbeit fanden.

Frankreich bewaffnet Polen und Rumänien gegen Sowjetrußland.

Paris, 4. August.

Die „Humanité“ setzt ihre Enthüllungen über französische Munitionslieferungen nach Rumänien und Polen und über die fieberhaften Kriegsvorbereitungen Frankreichs fort. Täglich, ja zweimal täglich, werden Munitionszüge nach Mittel- und Osteuropa geschickt. In den Fabriken von Creuzot werden in Raffen Arbeiter eingesetzt, die Erzeugung von Mitrailletzen, Kanonen, Granaten, Aeroplanen in diesen Fabriken geht fieberhaft von statten. Unter dem Titel des Schutzes für Oberschlesien werden weitere 20 000 Soldaten nach Polen abgefordert. Täglich gehen Munitionszüge nach Polen oder Rumänien ab. Im Fort d'Arvervillers wurden 150 Frauen eingestellt, um die Fabrikation von Gasgeschossen zu beschleunigen, die für die polnische Armee bestimmt. Bei Briegnet werden Aeroplane für Kriegszwecke umgebaut, welche für Polen und Rumänien bestimmt sind. 40 Züge sind fertiggestellt. 20 sind im Bau. Zum Schluß stellt die „Humanité“ noch fest, daß die Flugzeugfabrik „Levaillant“ Kriegsaeroplane baut, die nach Polen geschickt werden sollen. Am 27. Juli ist ein amerikanisches Schiff nach Danzig abgegangen, welches Kriegsmaterial nach Rumänien bringen soll. Dieses Schiff heißt „Lele Garette“. Im Fort d'Arvervillers sind 30 Frauen damit beschäftigt, Gasmasken herzustellen. Die „Humanité“ kündigt weitere Enthüllungen an.

Orgel gegen die Danziger Arbeiter.

Die verhafteten kommunistischen Abgeordneten sollen ins Zuchthaus.

Der „Vossischen Zeitung“ wird aus Danzig gemeldet: Die „Danziger Arbeiterzeitung“ stellt heute die Behauptung auf, daß ein Vertrauensmann der Danziger Regierung die polnische Regierung zum Schutz gegen die Danziger Arbeiterschaft angebetelt habe. Als diese Hilfe verweigert wurde, habe man aus Deutschland (Königsberg, Marienburg und Lauenburg) Schupo herbeigeholt und zwar sollen aus Lauenburg ehemalige Baltikumtruppen, die in dem Kreise als Landarbeiter beschäftigt werden, und aus Königsberg und Marienburg Offiziere herbeigeholt worden sein. Wie weit diese Nachricht den Tatsachen entspricht, ist noch nicht festzustellen.

Die beiden verhafteten kommunistischen Abgeordneten Rahn und Schmidt sind noch nicht aus der Haft entlassen worden, vielmehr hat der Untersuchungsrichter die Sache übernommen und Anklage erhoben. Der Danziger Volkstag wird sich auf Grund eines von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrages morgen vormittag mit der Frage der Haftentlassung beschäftigen.

„Iq“-Schwindel!

W.B. meldet: Berlin, 5. August. Den umfassenden Ermittlungen der Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums ist es gelungen, den bei Oberst v. Freyberg am 23. Juli d. J. verübten Aktienraub aufzuklären. Das gestohlene Aktienmaterial, das wahrscheinlich ins Ausland geschafft ist, konnte allerdings nicht aufgefunden werden. Doch sind sechs Personen festgenommen, die als Täter oder Anstifter in Betracht kommen und z. T. auch gefänglich sind. Alle Festgenommenen sind Kommunisten oder stehen im Solde der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands. Nach Abschluß der polizeilichen Ermittlungen werden jetzt die Vorwürfe an die zuständige Staatsanwaltschaft abgegeben und die Festgenommenen dem Untersuchungs-Gefängnis zugeführt.

Dieser plumpe Schwindel der Spitzabteilung des Herrn Richter ist derartig durchsichtig, daß er wohl wenig Dumme finden wird. Der Weichardist Freyberg war der Einzige, der am Verschwinden der Aktien ein Interesse hatte, ihm werden die „Aktienräuber“ sehr wohl bekannt sein. Deshalb haben auch die „Ueberrallenen“ bisher keinen der Täter wiedererkannt!

Die Behauptung, alle Festgenommenen ständen im Dienste und Solde der KPD, soll nur die Spur der wahren Täter verwischen und ist nichts anderes als ein gemeines „I A“-Schwindelmanöver.

Gewerkschaftliches.

Für einen Reichstongreß der Betriebsräte.

Die vereinigten Betriebsräte in Suhl, die sich aus Kommunisten, Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Syndikalistischen zusammensetzen, haben am 26. Juli zu den 10 Punkten des ADGB Stellung genommen. Nach dem Referat eines kommunistischen Betriebsrates wurde nach eingehender Debatte folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die vereinigten Betriebsräte von Suhl, die sich in ihrer Sitzung am 26. Juli 1921 abermals mit den 10 Forderungen des ADGB beschäftigten, erblicken in den 10 Forderungen eine Plattform, auf der sich die Arbeiterschaft sämtlicher sozialistischer Parteien einigen und dadurch eine Kampffront schaffen können, in der die Arbeiterschaft ihrer gänzlichen Verleumdung entgegenarbeiten kann. Die vereinigten Betriebsräte von Suhl sind sich einig darüber, daß wir mit den 10 Punkten des ADGB noch nicht zum vollen Siege des Proletariats gelangen, doch fordern sie vom Vorstand des ADGB, die Propagierung dieser 10 Punkte nicht nur in Wort und Schrift, sondern mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln.

Weiter fordern wir vom Vorstand des ADGB sein Votum im ADGB für Schaffung großer Industrieverbände abzugeben.

Ferner erheben die vereinigten Betriebsräte von Suhl die Forderung der Einberufung eines Betriebsräte-Kongresses für das ganze Reich.

Der Landarbeiterstreik in Sachsen.

Eine im Volkshaus in Leipzig abgehaltene Streikversammlung hat beschlossen, die Abhebung des Hauptvorstandes und der Gauleitung zu beantragen und schnellst eine Neubähl durch die Mitglieder stattfinden zu lassen. Außerdem wurde beschlossen, an das Gewerkschaftskartell wegen Unterstützung der Streikenden heranzutreten. Der Streik im Amtshauptmannsbezirk Leipzig geht weiter. Dem Gauleiter Fablonzki wurde von der Verbandsleitung der Hinweis aufgedrückt, weil er den Streik nicht verbündet hat, falls damit ernst gemacht würde, würden sich die Landarbeiter geschlossen hinter Fablonzki stellen. Inzwischen gewinnt der Streik eine weitere Ausdehnung.

Forderungen der Hamburger Postbeamten.

In einer großen Versammlung der Postbeamten, in der hauptsächlich die Postunterbeamten und Angestellten vertreten waren, richtete der Postkassierer Proeter heftige Angriffe gegen den Reichsverband der Post- und Telegraphenbeamten, der allen Aufforderungen zu Schritten gegen die Notlage taub gegenüberstand und keine Versammlung einberufen habe. In einer Entschliessung wurde eine einmalige Beihilfe von 200 Mark außerdem 500 Mark für jedes Kind, ferner Verbesserung der Grundgehälter, Erhöhung der Zernerungszulagen um 150 Prozent und der Kinderzulage auf 350 Prozent verlangt. Die Postbeamten wollen auch vor dem Streik nicht zurückweichen.

Die Postbeamten, besonders die Unterbeamten und Angestellten, gehören mit zu den elendesten Schichten des Proletariats. Nur indem sie sich voll an die Seite des revolutionären Proletariats stellen, werden sie sich in den Kämpfen gegen die Verleumdung behaupten können.

Cohabebewegung in der mitteldeutschen Textilindustrie.

Die Textilarbeiter in Mittel- und Norddeutschland beschloßen in der Konferenz in Witten, die Tarifverträge wegen der bevorstehenden Lebensmittelerhöhung zu kündigen und in eine Cohabebewegung einzutreten.

Zur Cohabebewegung der Buchdrucker. In solche Verhandlungen sind eingetreten die Buchdrucker von Ebersfeld-Barmen, Leipzig und Halle.

Der Zentralausschuß der KPD. zum Moskauer Kongreß.

Fortsetzung der Diskussion über den Bericht Koenen.

Alara Zellin: Zunächst möchte ich zum Friedensvertrag feststellen, daß ich die letzte bin, die sich zum Eintritt in die Zentrale drängt. Die Meinungsunterschiede in der Partei sind leider noch nicht geklärt. Es herrscht noch das selbe Mißtrauen wie zuvor. Ich halte das für außerordentlich beklagenswert. Die Lebensschwierigkeiten und das Mißtrauen muß beseitigt werden. Der Antrag der Opposition will die praktischen Konsequenzen aus dem Friedensvertrag ziehen. Durch das Verhalten der Zentrale, auch in Moskau, ist das Vertrauen der breitesten Parteimasse in die Zentrale erschüttert. Viel wichtiger als die Frage der Zusammenfassung der Zentrale ist mir die Frage des Termins des Parteitages. Die Thesen und Protokolle liegen noch nicht vor. Die Bulletin erscheinen die Protokolle nicht. Auch die Exekutive ist mit ihnen nicht zufrieden. Ich lege den größten Wert darauf, daß die Genossen sich auf Grund des authentischen Materials unterrichten und nicht auf Grund der geräuschvollen Moskauer Berichte.

Nun zu den Hauptfragen des Kongresses. Genosse Böttcher ist mit der Behauptung, ich hätte meine Stellung zur italienischen Frage desabonniert, das Opfer einer falschen Berichterstattung. Ich habe erklärt, daß das Auftreten der Vertreter der Exekutive in Livorno unglücklich war. Ich bin der Meinung, daß die Exekutive die italienische Frage zu stark gestellt hat, als Frage Serrati und nicht als Frage der hinter Serrati stehenden Massen. Auf Grund des Materials von Sinowjew habe ich allerdings gesagt, daß die Exekutive weit früher und schärfer gegen Serrati hätte vorgehen müssen, als sie es getan hat. Nachdem einmal die Spaltung vollzogen ist, muß der Trennungsschritt gegen die Partei Turati-Serrati mit aller Schärfe gezogen werden.

Ich habe meinen Austritt aus der Zentrale auch gerechtfertigt. Diese Rechtfertigung ist von der Mehrheit des Kongresses nicht angenommen worden. Ich würde aber in derselben Lage das selbe wieder tun. (Lärm.) Es gibt Situationen, wo man in einer gewissen Konflikt gerät, ob man ein Amt noch im Interesse der Partei und der Revolution behalten kann. Ich war der Ansicht, daß ein Element der Störung, nicht der Stärkung für die Partei gewesen wäre.

In der Frage der Märzaktion habe ich auch in Moskau den Standpunkt ausgesprochen, daß ich den Wuttsch in der falschen Einstellung der Zentrale und der falschen Durchführung der Aktion durch die Zentrale erblicke, nicht in dem Kampf der Arbeiter (wiewohl es waren, spielt für mich keine Rolle). Die Theorie der Offensive stand am Anfang der Aktion. Sie war die erste praktische Probe auf das theoretische Gremel. Das, was die Beurteilung der Märzaktion so schwer machte, war die Verquickung des notwendigen Abwehrkampfes mit der Theorie der Offensive. Die Plattform der Opposition befindet sich in Übereinstimmung mit den Thesen über die Weltwirtschaftskrise und den Thesen über die Taktik. Die Thesen werden viel zu viel ausgelegt, als daß sie sachlich gewürdigt werden.

Das entscheidende Merkmal der jetzigen Krise ist, daß der Kapitalismus sich auf absteigender Stufe befindet. Auch wenn die jetzige Krise vorübergehend überwunden wird, kann dies nur geschehen auf Grund weiterer Zerrüttung des kapitalistischen Systems. Trotz hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß das entscheidende für uns der revolutionäre Kampf ist, und es ist nicht die Rede davon, den Kampf um die politische Macht von der Tagesordnung abzusenken. Die kommunistische Partei muß die vollständige Elastizität bewahren. Sie muß die größte Stützpunkt mit der größten Tatkraft vereinen. (Böttcher: Die Perspektive des Sowjet ist aber eine andere!) Sie können mich nicht dafür verantwortlich machen, was im Sowjet steht. Solange ich den Artikel nicht mit eigenen Augen gesehen habe, sage ich weder, er ist richtig, noch er ist falsch. Die Partei muß jeden Augenblick bereit sein zu kämpfen aber nie ohne die Massen, stets mit den Massen. Wann der Endkampf kommt, kann man nicht sagen. Die größte Aktivität muß jederzeit das oberste Gesetz der Partei sein. Jede Aktion muß aber vorbereitet sein. Wir müssen in jeder Stunde zum Kampf bereit sein. Wenn Lenin uns sagte „Vorsicht, Vorsicht und nochmals Vorsicht“ in unserem Verhältnis zu den Massen, so sage ich „Kühnheit, Kühnheit und nochmals Kühnheit“. Aber unterfühnes Wagen muß von den Massen verstanden werden als Lebensnotwendigkeit für sich selbst, muß ihren Opfermut, ihren Kampfwillen hervorruhen. Wir müssen die Märzaktion als Vergangenheit betrachten, aus der wir zu lernen haben. Die jetzige Situation ist außerordentlich günstig. Das Bestreben nach der Einheitsfront des Proletariats ist hart und muß von uns ausgenutzt werden, indem wir an die Spitze der Massen treten, indem wir unsere eigenen Forderungen vertreten, wobei wir die Trennungslinie zwischen uns und den Sozialdemokraten ziehen. Aber wir müssen bereit sein, jede Aktion zu unterstützen, die herauswächst aus den Mitten des Proletariats. Wir müssen in drei Richtungen arbeiten: Politisch auf die Eroberung der Macht, finanziell auf die Belastung der Besitzenden, wirtschaftlich auf Eroberung der Kontrolle der Produktion.

Alles das liegt in der Richtung des Offenen Briefes. Ich sage Einheit der Partei, aber nicht auf Grund irgendeiner Bewässerung, sondern auf Grund der Richtlinien, die der Kongreß uns gegeben hat.

Meinburg-Moskau hält es nicht für gut, daß die Delegierten eine schwankende Stellung eingenommen haben. Die Forderung der Opposition nach Rücktritt der Zentrale steht im Widerspruch mit den Vereinbarungen in Moskau.

Tauber-Bochum: Paul Lebi hat durch sein Verhalten die Sache des revolutionären Proletariats geschädigt. Die Zentrale hat durch die Beschlüsse des dritten Kongresses eine theoretische Ohrfeige bekommen. Da die Zentrale sich nun auf die Beschlüsse des Kongresses gestellt hat, müsse sie sich nun eigentlich mit der Opposition verbünden. Tauber spricht sich für eine Verschiebung des Parteitages aus.

Meier-Berlin: Der Gegenstand der Diskussion hätte sein sollen; die einzelnen Beschlüsse und ihre Wäsen. Die Opposition hat es verstanden, die Diskussion zu verzerren. Aber es muß festgestellt werden, daß in Moskau bestätigt wurde, daß Lebi schändlich gehandelt hat, daß die Arbeit mit Lebi aufhören muß, daß jede Sonderbündel unterbleiben muß ebenso wie die Mitarbeit am „Sowjet“. Die Opposition hat von den Bombentatentaten und den Turkesanern gelebt. Sie hat davon gelebt, daß die Märzaktion ein naturwüchsiger Wuttsch war. Aber in Moskau hat sie darüber kein Wort gesprochen. Wenn in Moskau gegen die sogenannten Linien dieses gesagt wurde, so soll die Opposition nicht den Versuch machen, es versuchen zu wollen, daß sie ganz gehörige Prügel bekam. Die Opposition ist jetzt zur Offensive übergegangen. Sie hat das Verhältnis umgekehrt. Statt, daß man an sie die Frage stellt, ob sie aufhören will mit aller Sonderbündel, mit der Mitarbeit am „Sowjet“, mit der Arbeit mit Lebi zusammen, stellt sie die Forderung nach Rücktritt der Zentrale.

Winkelfeffer-Berlin hält das Wirken der Opposition nicht für parteischädigend.

Meier-Berlin: Das Referat Trojtski gab die Basis für alle Beschlüsse, die nachher auf dem Kongreß gefaßt wurden. Aber sowohl was die Methode als auch das Material Trojtski betrifft, stimme ich nicht mit Trojtski überein. Die Methode Trojtski ist eine rein empirische. Er stellt Material zusammen, aber es zeigt nicht die innere Bewegung des Kapitalismus in der jetzigen Situation. Es genügt nicht eine allgemeine Beschreibung, sondern es ist notwendig eine Zusammenfassung aller ökonomischen Erscheinungen und einer tieferen Analyse. Wenn man Morikowere mit dem Wort Offensive betreibt, so ist festzustellen, daß gegenüber der Passivität auf Aktivität, auf Offensive hingewiesen werden mußte. Wir fürchten nicht das Wort Offensive, mögen noch so viele versuchen, aus dem Wort einen Popanz zu machen.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Diskussion über den Bericht des Genossen Koenen wird abgebrochen. Die von der Zentrale vorgelagte politische Resolution über das Ergebnis des Moskauer Kongresses und die Haltung der KPD. wird gegen 4 Stimmen angenommen. (Die Resolution ist bereits in Nr. 333 der „Roten Fahne“ abgedruckt. D. H.)

Die Opposition gibt folgende Erklärung ab:

Erklärung der Opposition.

Die Unterzeichneten erkennen die Beschlüsse und Vereinbarungen des Moskauer Kongresses als bindend an und sind bereit, für ihre Durchführung innerhalb der Organisation Sorge zu tragen, auch im Kampf gegen die, die die Beschlüsse bisher bekämpft haben.

Unterzeichnet ist diese Erklärung von den Genossen:

Wilhelm Bary. Meiner. Alara Zellin. Bruno Peters. C. Geier. P. Neumann. B. Schür. W. Kaiser. Heidemann. Jol. Köring. Dahlem. Richard Köpfe. G. Hanke. Adolph Hoffmann. P. Schneckbacher. D. Braß. Carl Winkelfeffer. Düwll. Franken. Wegmann.

Zu dieser Erklärung gaben die Genossen Dahlem, Tauber, Etzel, Heidemann, Sievert, Franken, Köpfe folgende Interpretation ab:

Deklaration zur Erklärung der Opposition.

Zur Klärung der Situation in der Partei erklären wir, die wir von vornherein gegen die anläßlich der Märzaktion hervorgetretene Offensivtheorie waren:

1. Wir anerkennen die Beschlüsse des Dritten Weltkongresses.
2. Wir wollen die Geschlossenheit und Einheitslichkeit der Partei und wollen sie herstellen auf der Grundlage der Forderungen in Moskau festgelegten Einigungspunkte.

3. Wir unterstützen und dem Beschluß des Kongresses, der das politische Zusammenarbeiten mit Lebi ausschließt.
4. Eine besondere Gruppen- und Fraktionsbildung als Opposition lehnen wir ab. Jedem Parteigenossen muß es freistehen, abweichende Meinungen vor der Parteimitgliedschaft zu vertreten. Die Grenzen der Kritik sind gezogen durch die jeweilige politische Situation und die Lage der Partei.
5. Die Mitarbeit von Parteigenossen an außerhalb der Partei stehenden Zeitschriften verstoßt gegen den Beschluß des Kongresses, muß also unterbleiben.

Diese Erklärung basiert auf der Erklärung der Zentrale und des Zentralausschusses, daß die 6 Einigungspunkte loyal innegehalten werden.

Bericht der Zentrale.

Den politischen Bericht der Zentrale erstattete Genosse Ernst Meier. Er führte ungefähr folgendes aus: Gemäß dem Beschluß des letzten Zentralausschusses hat die Zentrale disziplinarische Maßnahmen gegen die Opposition wegen unrichtiger Berichte gegen die Parteibücherei nicht ergriffen und — soweit solche Maßnahmen von den Bezirken (Berlin, Ostpreußen, Mecklenburg) unternommen oder verlangt wurden — rückgängig gemacht. Trotz der Nachwirkungen der Märzaktion suchte die Zentrale die Partei organisatorisch zu festigen. In einzelnen Bezirken ist das mit großem Erfolge gelungen, so in Berlin, wo die Zahl der abgerechneten Beiträge sich vom Februar bis zum Juli d. J. um das Dreifache erhöhte. Bestimmend für die politische Einstellung der Partei war die Verschärfung der Wirtschaftskrise mit ihren Auswirkungen auf deutschem Boden und die Annahme des Ultimatum. Durch den Aprilaufruf der Reichsgewerkschaftszentrale und den Maiaufruf der Zentrale wurde eine erfolgreiche Kampagne gegen den Lohnabbau, für Lohnerhöhungen, gegen die Brotteuerung und gegen die kommenden Steuererhöhungen eingeleitet. In einzelnen Bezirken hat die gesamte Arbeiterschaft, angeregt durch die eifrige Arbeit unserer Genossen in den Betrieben und den Gewerkschaften, sich zusammengeschlossen und gemeinsam den Kampf gegen die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft aufgenommen. Es ist Pflicht aller Bezirke, mehr noch als bisher — anknüpfend an die Lageände der Arbeiterschaft — das Vertrauen der breiten Massen zu gewinnen und mit ihnen gemeinsam alle Angriffe der Unternehmerräte abzuwehren. Die KPD. erstrebt die proletarische Einheitsfront nicht zu dem Zweck, um — wie die USPD. und SPD. — Regierungssessel zu erlangen oder zu sichern, sondern um die gesamte Arbeiterschaft zum Kampfe und im Kampfe zusammenzuschließen. Eine Unterstützung der sogenannten reinen Arbeiterregierungen (Sachsen, Thüringen) kommt nur in Frage, um diese Regierungen zu demaskieren und die Unmöglichkeit einer wirklichen Arbeiterpolitik auf dem Boden der Demokratie nachzuweisen. Sobald diese Regierungen dagegen durch Einbringung von Steuern, wie der Grundwertsteuer, die eine Mietpreiserhöhung von 25—35 Prozent nach sich zieht, den Interessen der Arbeiterschaft ins Gesicht schlagen, muß die KPD. sich ernstlich prüfen, ob sie einer solchen Regierung gegenüber nicht die schärfsten Maßnahmen zu ergreifen hat.

Im Zusammenhang mit dem Bericht über verschiedene Einzelaktionen der Partei berührte Genosse Meier u. a. auch den Prozeß Brandler. Er stellte dazu folgendes fest: Genosse Brandler ließ durch seinen Anwalt die Zentrale anfragen, ob die Zentrale mit der Ladung Levis und anderer nicht parteigewandlicher Zeugen einverstanden sei. Die Zentrale hat darauf antworten lassen, daß sie gegen die Ladung Levis sei, daß ihr die Ladung der übrigen Zeugen — höchst unsympathisch sei, und daß der Prozeß nicht juristisch, sondern politisch zu führen sei. Einige Zeit später hat Genosse Brandler den Genossen Brandler persönlich in der Untersuchungsabteilung aufgesucht und sich in ähnlicher Weise gegenüber Brandler geäußert. Die Fragestellung, ob Genosse Brandler den Prozeß auf Festung oder Zuchthaus führen solle, ist der Zentrale niemals übermittelt worden. Die Zentrale hat nach genauer Kenntnisnahme des Protokolls über den Prozeß dem Genossen Brandler mitteilen lassen, daß sie mit der Führung seines Prozesses nicht einverstanden sei.

Zusammenfassend bezeichnete Genosse Meier als nächste Aufgaben der Partei die Festigung der Parteioorganisation, ihre Einstellung auf die Gewinnung der breiten Massen und die Führung von Abwehrkämpfen gegen die drohende, bereits jetzt deutlich sichtbar werdende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft. Nach dem Beschluß des dritten Kongresses hat die KPD. diese Kämpfe vorzubereiten, zu leiten, zu erweitern, zu vertiefen und gemäß der Entwicklung zu politischen Endkämpfen auszugestalten. (Fortsetzung folgt.)

Arbeitsfriede.

Copyright by Der Malik-Verlag, Leipzig.
Von Franz Jung.

Da kam seine Alte wie eine wütende Sau angeschossen. Sie schrie schon von weitem, sie war noch gar nicht im Hause: Friedrich, Friedrich — das sind ja hier nette Leute. So ein Böbelvolk, um Gotteswillen, Friedrich — willst Du denn nicht herauskommen, und die Löse schrauben sich wie bei der Klarinette immer weiter nach oben. Und Friedrich fürzte aus dem Haus. Was war, was war, wer hat er cetera. Das eine Weib hatte die Tür vor ihr zugeschmissen, und eine andere, der sie sagen konnte, warum sie überhaupt hergekommen wären, hätte furchtbar angefangen zu toben, und diese Ausdrücke, Friedrich — mir zittern noch die Knie, jammerte sie. Und aus dem Nachbarhaus, die hat gleich rausgeschrien, sie wird ihr einen Topf Wasser auf den Kopf gießen, und dann der Hauje Kinder, der gleich da war. — Und Friedrich, um zunächst Unschau zu halten, sich zu zeigen, trat mitten auf die Straße und sah nach den Häusern. Aber er sah noch nicht richtig, da traf ihn schon ein Rollen Pferdemitte mitten ins Gesicht. Dann bogelte es nur so, auch Steine darunter und lautes Töhlen. Die Frau schien zu denken, jetzt greift er ein. Ja, wie soll er das. Er suchte zwar und schrie wilde Drohungen, aber soll er gegen das ganze Dorf, er allein jedes Haus fürchten, wie sieht das aus. Nun, Friedrich, schrie die Frau, Friedrich aber hielt sie in die Seite, nicht zu sanft. Du mach, daß Du weg kommst. Du siehst doch, wir können doch jetzt nichts machen. Und als sie noch den Mund vor Staunen offen hielt, wiederholt noch etwas sagen wollte, da hätte er sie beinahe in die Fresse gehauen. Sie mehr er gegen die Jungen und den Ort tobte, desto lauter schrien die. Alle Morgen kam der Mühsüßmann. Es war genug Mist da. Und im Garten Steine. Die Frau kreischte hoch auf, als ihr einer direkt an den Schädel fiel. Es nützte nichts, daß der Mann fortwährend seinen Sädel in der Sand hielt, das sah lächerlich aus. Und sie schimpften sich und stießen sich und drängten einander, bis sie außer Reichweite waren.

Die Heimat der Armen.

Zur gleichen Zeit ereigneten sich in der Stadt die Vorfälle, deren nächstfolgenden Wirkungen das Schicksal von Arbeit-

friede entscheiden sollten. Alles war so überraschend, aber das Überraschende ist zumeist das Gute.

Schon seit einigen Tagen spielten sich täglich vor dem päpstlichen Obdachlosenasyl härmliche Auftritte ab, namentlich in den Abendstunden, wenn das Asyl wegen Überfüllung geschlossen worden war, und viele Hunderte, die verzwehnt anstarrten, wieder umkehren mußten. Viele schienen sich aber auch an, draußen auf der Straße, vor den geschlossenen Türen ihr Lager aufzuschlagen. Denn für diese fiel am Morgen noch eine warme Suppe mit ab. Die hielt für manchen den Tag über vor. Die Polizei mußte dann mehrere Male in der Nacht einschreiten und die Straße säubern. Die Bewohner der umliegenden Straßen und Häuser hatten sich so daran gewöhnt, daß diese Vorfälle, die häßlich nicht ohne kleine Scherereien abgingen, kaum mehr ihre Aufmerksamkeit erregten. Niemand sah deswegen auch nur zum Fenster hinaus. Es war eben etwas Alltägliches.

An diesem Tage war ein größerer Trupp Schwärzwerker, eine besonders zusammengestellte, angesehene Kolonne aus dem Westen, durch die Stadt durchgekommen, um — noch anderen Kolonnen zusammen, die hier zusammengekauert hatten, weiter raus nach Norden zu fahren, wo umfangreiche Reinschärfungen vorgenommen werden sollten. Die Arbeit war schwer, besonders wegen der damit verbundenen Strapazen, sie schlichen in Zelten oder halbverfallenen Bretterhuden und die Verschlebung war schlecht, da sie fortwährend von einem Ort zum andern wechselten, der Unternehmer selbst die Verpflegung nicht in die Hand nehmen wollte, und die Gegenstände, die ihnen kamen, durch Schleichhändler vollkommen ausgeplündert waren. Der Lohn ging nur für das Allernotwendigste bis auf den letzten Pfennig drauf, obwohl er an sich zahlenmäßig nicht zu gering war. Es waren Arbeitslose aus den Industriezentren, Leute ohne Familie und oft ohne feste Wohnstätte, die diese Arbeit angenommen hatten. So dachte der Kontrakt, denn die meisten verschätzten, daß sie dabei ein Frau und Kinder noch beim menschenfreundlichen Kollegen, der zufällig besser dran war, untergebracht hatten — bis sich die Verhältnisse geändert und Wohnung und Arbeit an Ort gebracht hätten. Für diesen Trupp war schon vorher Quartier belegt worden, so daß sie ohne Schwierigkeit hineingekommen waren. Die ganze Nacht hindurch hatten sie den Lärm gehört. Die

Schlafsäle waren gestopft voll und die Aufseher trieben die zerlumpte und heruntergekommenen Menschen voran; so entkräftet und verhungert, so verzweifelt und stumpf sie waren, die Wärrer verstanden es doch, noch die letzten Bettelbrosen aus ihnen herauszupressen. Da gab es noch, wenn man überhaupt davon sprechen kann, geringe Bequemlichkeiten, die sie sich kauften, und wer gar nichts hatte, dem konnte es blühen, daß er zuguterletzt doch noch hinausgeworfen wurde, wenn hinterum noch zahlungsfähige Bekannte kamen. Die Stimmung in solchen Fällen ist von einer den Gefunden tief niederdrückenden Hoffnungslosigkeit. Sie pressen sich alle so aneinander, als müßten sie sich gemeinsam gegen die rohe Außenwelt schützen. Aus dem Flüstern der Hunderte, die mit einem vielmal gebrochenen, bezwungen aber nicht weniger lebendigen Interesse von den Veränderungen des Tages sich nähern und Erfahrungen austauschen, wird ein gleichmäßiges Summen, das durch Markt und Wein geht, das Blut vergißt und in wilder Wut in die Stürm treibt und das dich mit einem Gefühl der Nutzlosigkeit und Ohnmacht umgibt, das dich auf der einen Seite aus- und unterhöht, auf der andern aber in eine Erbitterung anschwellen läßt, die nicht explodieren kann, ein eiserer Ring legt sich um dich, der wie Feuer an die Eingeweide brennt.

So lagen die Arbeiter und grübelten und ballten die Fäuste, die Brust preßte sich zusammen, und sie konnten keinen Schlaf finden. Bald werden sie auch so sein, wie diese Unglücklichen, die sich nicht mehr wehren können, ausgeemgelt und verbraucht, verdammt. Und als am Morgen nach der Suppe das große Aufräumen war, wie da die Leute, die noch zu entkräftet waren, sich richtig auf die Beine zu stellen, angepakt und mit einem Stoß auf die Straße geworfen wurden, da konnten die andern nicht mehr an sich halten. Der eine riß zu einem Aufseher von seinem Opfer weg, daß dieser mit einem lauten Schrei an die Wand schlug. Der bliff zwar sofort, und von allen Seiten stürzten welche zu. Diesmal hatten sie aber andere Leute vor sich. Die Kolonne war gut sechs Mann stark und sie waren alle wie ein Mann auf den Beinen, als ob sie sich verachtet hätten. Als das Personal nun sah, daß der Kampf sehr ungleich sein würde, verlegten sie sich auf Schimpfen, mit solchen Landstreichern und Gefindel, denn was felen sie denn anders, würde man schon fertig werden und so. (Fortsetzung folgt.)

Mit Resolutionen gegen den Selbstschutz!

Am Sonntag hatten sich in Breslau im Gewerkschaftshaus die Funktionäre der SPD. Mittelschlesiens zusammengeschlossen, um erneut Stellung zur „Schlesischen Selbstschuttsgefahr“ zu nehmen. Aus den kurzen Berichten, die die SPD-Presse über diese Konferenz gibt, geht aber doch zur Genüge hervor, daß es ziemlich heiß hergegangen sein muß.

Einzelne Funktionäre aus denjenigen Bezirken, die mitten im Aufmarschgelände der Reaktion liegen, haben den Oberbunzen allerlei zu schaffen gemacht. Die harten Tatsachen haben auch den sozialdemokratischen Arbeitern endlich die Augen geöffnet. Sie beginnen, wenn auch noch langsam, zu begreifen, daß gegen die Selbstschuttsgefahr der Reaktion kein anderes Kraut gewachsen ist als die Faust des Arbeiters.

In den verschiedensten Teilen Schlesiens ist es zwischen den Aulock-Fasziisten und den Arbeitern schon zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Worauf wir die Arbeiter schon vor Wochen hingewiesen haben, das ist nun eingetreten. Die Selbstschuttsleute, deren Verbände zwar öffentlich aufgelöst sind, treiben sich in ganz Schlesien auf den Dörfern umher und haben sich zu einer regelrechten Landplage ausgewachsen. Die schlesischen Einwohner, nicht etwa nur Arbeiter, nein ehrliche Bürgerliche, fühlen sich unter dem Terror, den diese Selbstschuttsleute ausüben, höchst unwohl. Schlimmer als die deutschen „Vaterlandsretter“ hätten die polnischen „Feinde“ auch nicht wissen können. Und bei all dem Schrecklichen, was sich diese Selbstschuttsleute bis jetzt schon geleistet haben, muß man sich doch noch immer vergegenwärtigen, daß diese Zustände ganz bestimmt noch bedeutend schlimmer werden können. Sozialdemokratischen „Führern“ ist es vorbehalten geblieben, die Gefahr nicht rechtzeitig zu erkennen, die der Selbstschutz von Anfang an bedeutete.

Als seinerzeit die Polen drohten in Oberschlesien einzufallen, da fürzten sich die Reaktionäre mit Sonne auf diese Gelegenheit, um dem „Polenfeind“ den Garaus zu machen. So billig und leicht werden die Reaktionäre nicht gleich wieder zu einer militärischen Macht kommen können. Die Gefahr, die von den einfallenden Polen Oberschlesien droht, ist durch den Selbstschutz in eine Gefahr umgewandelt worden, die sich jetzt mitten in Oberschlesien befindet. Allen Reaktionären zu Liebe war es die sozialdemokratische Breslauer „Vollswacht“, die sich für eine Mobilisierung des Selbstschutts einsetzte. Dem ehrenwerten Sozialistenblatt machte es sogar nichts aus, wer angesichts der drohenden Polengefahr sich an die Spitze des mobilisierten Selbstschutts stellen würde. Die sozialdemokratischen Führer selbst sind es gewesen, die der Reaktion wieder in den Sattel geholfen und die Aulockbestien nach Schlesien gerufen haben.

Und dieselben sozialdemokratischen Führer sind es auch wieder gewesen, die bis heute nichts getan haben, um die Selbstschuttsgefahr wirksam zu bekämpfen. Als die Breslauer Arbeiter den proletarischen Selbstschutz forderten, antworteten die sozialdemokratischen Führer mit einer Parze. Der proletarische Selbstschutz bildete sich nicht. Der reaktionäre Selbstschutz hat sich aber auch bis heute noch nicht aufgelöst. Die Reaktion steht bis an die Zähne bewaffnet. Die Arbeiter aber sind unbewaffnet und schutzlos. Ferrat und Feigheit der sozialdemokratischen Führer haben die gegenwärtigen unbeherrschbaren Zustände über die schlesischen Arbeiter gebracht. Anstatt zu handeln, hat man sich immer wieder aufs Verhandeln gelegt und wunderte sich heute, daß „alle Eingaben, Proteste, juristische Gutachten usw.“ für die Katz gewesen sind.

Und was empfehlen die sozialdemokratischen Führer jetzt, angesichts einer Gefahr, die sich bereits mitten unter uns befindet?

In einer Resolution wird die sofortige Auflösung der Selbstschuttsverbände gefordert. Das ist der einzige Weg, den die sieben Sozialdemokraten kennen. Mit papierernen Resolutionen wollen sie gegen eine Bande bewaffneter Kalkanten ankämpfen! Aber das ist eben die falsche Einstellung der Sozialdemokratie, aus der heraus sie bis heute der Sache des Proletariats gewaltigen Schaden zugefügt hat. Anstatt die Arbeiter gewärtigen zu lassen, damit sie den Kampf gegen die Reaktion zu Ende führen können, fielen die sozialdemokratischen Führer den Arbeitern dauernd in die Arme. Die Reaktionäre, in deren Händen heute noch die gesamten Waffen liegen, denken gar nicht daran, sich selbst zu entwaffnen. Keine bürgerliche Regierung wird im Ernst daran denken, ihren Soldaten die Waffen wegzunehmen. Von welcher Regierung fordern denn die Breslauer sozialdemokratischen Funktionäre die Auflösung der Selbstschuttsverbände? Sind die SPD-Funktionäre wirklich noch immer so naiv, daß sie glauben, die Regierung Stegerwald werde auch nur einen Finger krümmen machen, um gegen die schlesischen „Vaterlandsretter“ einzuschreiten?

Aber die sozialdemokratischen Führer wissen das natürlich ganz genau. Aber ihnen liegt auch weniger daran, die Reaktion zu beseitigen, als die drängenden Arbeiter zu beruhigen. Die sozialdemokratische Partei wird auch niemals zum Handeln übergehen. Sie ist keine revolutionäre Partei, sie steht heute in Kainbürgerlichem Schlamme. Arbeiter, die ernsthaft die Befreiung des Proletariats wollen, haben dieser Partei längst den Rücken gekehrt. Mit Resolutionen und gutem Zureden wird die Reaktion nicht besiegt. Dazu braucht es den revolutionären Willen des Proletariats.

Breslauer Nachrichten

Die verbotene Demonstration

Der Breslauer Polizeipräsident hatte verschiedene Handreichungen erteilt, um seinen, an allen Plätzen angehängten Verbot der kommunistischen Demonstrationen am 4. August allen Nachbarn zu verschaffen. Ausgerüstet mit weichen, Gerbanbrotkrumen und Stinnschnecken als weiche Gerüstteile, hatten sie den Schlüssel abgeben. Das Generalkommando und insbesondere die Breslauer Polizei, das Unterinspektorenamt waren mit Nachsichtgeboten armiert. Die Herren sind offenbar immer noch so naiv, daß sie glauben, mit solchen jetzt die Polizei führen. Gerade, die Zeit wird noch einmal kommen.

Die Kommunisten haben durch Plakat an den Jungengassen zum Schlüssel angehängt zu einer Demonstration im „Kreuzgäßchen“. Dieser Saal war gegen 7 Uhr überfüllt. Genosse G. hat geistlich in kräftigen Worten das niederrückige Gebirge der Breslauer Polizei, die trotz Verbotung erklärt, grundsätzlich jede kommunistische Demonstration zu verbieten. Er läßt unter entzückten Juchens der Versammlung die ganze Reihe von kommunistischen Schreien und Schreih-

taten auf. Besonders empört waren die Versammelten über das neueste Loosspielwerk, wo man versucht hat, mit Hilfe von Drohung und Bestechung eine neue kommunistische Kampforganisation zu konstruieren.

Der Referent setzte dann in seinen Ausführungen den Zweck der kommunistischen Demonstration auseinander. Der verschwommenen Parole der Sozialpatrioten stellen die Kommunisten gegenüber die Parole: Gegen jeden imperialistischen Krieg. Nicht durch schöne Worte, insbesondere nicht dadurch, daß man die Politik des Burgfriedens und der Arbeitsgemeinschaft forciere, verhindere man neue Kriege, sondern indem man die Wurzel der imperialistischen Kriege, das kapitalistische System, bekämpfe und beseitige.

Das Proletariat kann neuen Kriegen und der wirtschaftlichen und politischen Not nur ein Ende machen, wenn es alle Kriegs- und Unterdrückungsgefühle der Kapitalisten zunichte macht.

Das Proletariat wird erkennen, daß die heutigen Zustände mit der weißen Faust, den weißen Garben, den sabotierenden Unternehmern nicht auf wirtschaftsfriedlichem Wege, sondern nur unter Anwendung der schärfsten Klassenkampfsmittel beseitigt werden können.

Eine große, festgefügte, revolutionäre Phalanx wird das Proletariat in die Lage versetzen, den Kapitalismus und damit jede imperialistische Kriegsgefahr zu beseitigen.

Nach lebhaftem Beifall ging die Versammlung unter dem Gesang der Internationale auseinander.

Die heuchlerische „Vollswacht“

Die „Vollswacht“ empfiehlt dem Herrn Liebermann, auch den Kommunisten die verfassungsmäßigen Rechte zu garantieren. Wir wollen ihr aber verraten, daß die Demonstration auf Intervention eines Sozialdemokraten verboten ist.

Der Polizeipräsident teilte bei der Unterredung am Mittwochabend mit, daß das Verbot auf Vorschlag des rechtssozialistischen Polizeiaffessors Dr. Thiemann erfolgt sei, zu dessen Ressort politische Versammlungen gehören. Ihm, dem Thiemann, seien Gerichte zu Ohren gekommen, wonach die Demonstranten die „Graupe“ stürmen wollten. (!) Er würde von jetzt ab alle kommunistischen Demonstrationen auf öffentlichen Plätzen verbieten, da sich die Kommunisten im offenen Kampf gegen die Staatsordnung (!) befänden.

Damit hätten sich die Sozialdemokraten wieder einmal um die Bourgeoisie verdient gemacht und vor dem Proletariat bloßgestellt.

Aus der Provinz

Von der tschechoslowakischen Grenze.

Wir brachten in der Nr. vom 19. Juli einen Artikel, der feststellte, daß schon wochenlang unbeaufsichtigt von der deutschen Grenzbehörde Waffentransporte nach der Tschechoslowakei geführt werden. Wir haben vergeblich gesucht, ob die deutschen republikanischen Behörden einschreiten würden. Die deutschen Reaktionäre, die dauernd über einen drohenden Tschechenfall schreiben und sich nicht genug über angebliche Grenzverletzungen entrüsten können, dulden stillschweigend, daß Waffen zum Schutze der Reaktion nach Böhmen gebracht werden.

Diese reaktionären Banditen sind sich immer einig, wenn es gilt sich zu rüsten gegen die revolutionären Arbeiter. Lieber alle Grenzposten hinweg finden sich ihre gewinnbringenden Herzen in der Sorge um ihren Geschick.

Unsere tschechoslowakischen Genossen haben aber sofort noch „Gehalt unserer Aufschrift“ klar gestellt. Am 29. Juli wurde der Sekretär Sturm, dann der Führer der nationalsozialistischen Arbeiter, Viktor Seibel, in Dittersdorf bei Freiwalden, bei dem man bereits 113 Gewehre und die dazu gehörige Munition gefunden hatte, verhaftet. Weiter wurden noch verhaftet der Gastwirt Weidlich aus Nieder-Lindewiese, der Bauer Stenzel aus Leßdorf, ein Grundbesitzer aus Jungferndorf, der Bauer Reuß aus Weidenau und der Brauereibesitzer Midler aus Stangsdorf. Nach der Ueberführung aller Verhafteten in das Landgericht Troppau gab der Sekretär Sturm offen zu, daß die Waffen nur gegen die Kommunisten gebraucht werden sollten.

Die Regierung ignoriert aber den Auslagen des Sturm

Amfliche Bekanntmachungen

Rechnungen für Gas, Wasser, Strom. Die den Entnehmern von Gas, Wasser und elektrischem Strom zugehörigen Rechnungen für das Vierteljahr April-Juni 1921 sind bis spätestens 10 Tage nach der Zustellung zu bezahlen. Alle im Verzuge befindlichen Zahlungspflichtigen werden dringend ersucht, die rückständigen Beträge nunmehr bis spätestens 6. August 1921 an die Kasse der städtischen Betriebswerke zu zahlen. Andernfalls werden die Beträge gegen eine Gebühr von 1.- Mk. durch Veranfrage der Kasse abgeholt werden. Wenn auch an diese nicht gezahlt wird, so muß in Ausnahmefällen die Zahlung einzustellen und die Kasse wegzunehmen. Städtische Betriebsverwaltung.

Bekanntmachung

betz. die Beschäftigung Schwerkraftiger nach dem Gesetz vom 6. April 1921. Jeder Arbeitgeber, der mehr wie 20 Arbeitnehmer beschäftigt, ist verpflichtet, eine bestimmte Anzahl Schwerkraftiger einzustellen. Mit der Durchführung des Gesetzes ist für Arbeiter die Hauptberufsstelle für Kriegsbefähigte und Kriegsanwärterbediene der Provinz, Schlesien - Breslau, Landeshaus - betraut, die ihre Tätigkeit im wesentlichen den örtlichen Kriegsbefähigten für Arbeiter der Hauptberufsstelle für Kriegsbefähigte der Stadt Breslau, Sa der Elisabethstraße 3-4, übermitteln ist.

Die Kriegsbefähigten haben für die Unterbringung der Schwerkraftigen in Arbeitsstellen zu sorgen. Ihnen sind nach § 6 des Gesetzes für Schwerkraftige freizuhaltende Arbeitsplätze anzuzugeben. Nach § 12 ist jede gegen einen Schwerkraftigen ausgesprochene Kündigung der Kriegsbefähigten anzuzugeben, die auch die bis auf weiteres erforderliche Genehmigung zur Kündigung nach § 18 zu erteilen hat.

Der Kriegsbefähigte steht das Recht zu, Auskunft zu verlangen und selbst in den Betrieb zu nehmen (§ 9). Auf Grund hier: Bestimmung geht demnach allen Arbeitgebern, die mehr wie 15 Arbeitnehmer beschäftigen, eine Aufforderung zu, die bei ihnen beschäftigten Schwerkraftigen, sowie die Zahl ihrer Arbeitnehmer überhanpt, der Kriegsbefähigten anzugeben.

Arbeitgeber im Bezirk Breslau-Stadt, die mehr wie 15 Arbeitnehmer beschäftigen und eine solche Aufforderung seit dem 1. 5. 1921 nicht zugeandt erhalten haben, werden ersucht, sich die Anmeldebüro in der Hauptberufsstelle für Kriegsbefähigte der Stadt Breslau, Sa der Elisabethstraße 3-4, Elisabethstr. Zimmer 1b, bis zum 15. 6. 1921 abzugeben.

Die Nichtabgabe dieser Aufforderung hat die Veranlassung einer Buße nach § 14 des Gesetzes - bis zu 10.- Mark - zur Folge.

Der Leiter der Hauptberufsstelle für Kriegsbefähigte der Stadt Breslau.

leinen Glauben, weil sie weiß, daß dieses reaktionäre Gesindel mit allen Mitteln auch gegen die Republik kämpfen will, um eine monarchistische Restauration herbeizuführen.

Zweifellos zeigt es sich hier treffend, wenn die Arbeiter auf der Hut sind, dann besteht auch die Möglichkeit, die Waffenschiedungen der Reaktionäre zu verhindern.

Aus dem Waldenburger Revier

Siedlungsausstellung.

Am Sonntag früh wurde in der Auen-Schule zu Waldenburg eine Siedlungsausstellung eröffnet. Die Ausstellung ist wirklich sehenswert. Leider muß festgestellt werden, daß im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft so schöne Wohnverhältnisse nur auf Ausstellungen gezeigt werden. Ein Proletarier kann sich mit seinem larmen Lohn eine solche Einrichtung nicht leisten. Er ist zudem immer bedroht von Entlassungen, von Arbeitslosigkeit und Krankheit, die ihn zwingen, seinen Wohnsitz zu verändern. Ideale Wohnverhältnisse kann das Proletariat erst haben in einer sozialistischen Gesellschaft.

Zweifellos ist es empfehlenswert für Arbeiter, die Ausstellung, durch die mittags 12 Uhr und abends 5 Uhr Führungen stattfinden, zu besuchen. Man sieht auch da die Notwendigkeit des Kampfes für eine bessere Zukunft, wo nicht mehr Milliardenwerte durch die Anarchie des Krieges und der kapitalistischen Staatsmaschine verschleudert werden.

Achtung Ortsgruppen!

Um eine schnellere Belieferung der Ortsgruppen mit unseren Zeitschriften zu ermöglichen, werden in Zukunft der kommunistische Gewerkschafter, Die Internationale, Die Kommunistin, Der Flug, Kommunistische Landarbeiter, Kommunistische Genossenschaftler, Die Kommune

durch die Reichsperdition in Berlin versandt. Damit die Belieferung pünktlich erfolgen kann, bitten wir die Ortsgruppen, ihre Bestellungen auf diese Zeitschriften umgehend an uns einzufenden, damit wir sie Berlin überweisen können.

Die Bestellungen auf kommunistische und andere Literatur wird nach wie vor durch uns erledigt.

Kommunistische Bäckerei, Breslau V, Gräbischener Straße 45.

Rote Hilfe.

Weiter gingen ein: Liste 2013 Ortsgruppe Dittersbach 18,50 5 230 15,50 5 231 8,- 5 234 27,- 5 238 (Gehaltsabzüge Soz. Verlag, Breslau) 330,- 39 189 Ortsgruppe R.-Germisdorf 90,50 39 192 148,- 39 193 126,50 39 195 84,50 39 196 100,- 39 199 106,50

Gelder sind zu senden an: R. Beike, Bäckerei, Postfachkonto 33599, Breslau V.

Versammlungskalender

Dienstag, den 9. August, abends 7 Uhr, Zusammenkunft aller Staats- und Gemeindegewerkschafter der SPD im Parteibüro. Mittwoch, den 10. August, abends 7 1/2 Uhr, Eisenbahner-Fraktion, Blaues Schiff. Freitag, den 12. August, Mitgliederversammlung bei Genossen Förster. Sämtliche Sammellisten für die Reichsgewerkschaftszentrale müssen bis zum 12. August abgerechnet werden. Bezirksleitung.

Verantwortlicher Redakteur für Politik: Richard Janus, Berlin. Verleger: E. G. m. b. H. Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H. Berlin SW 48.

Genossen! Werb neue Leser für die Schlesische Arbeiter-Zeitung

Zeltgarten

Täglich 7 1/2 Uhr: Einziges Sommervarieté in Breslau. Schauspielhaus Operettenbühne. Tel. Ring 2545. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die Rose von Stamboul

Theater

Täglich 7 1/2 Uhr: „Perle der Frauen“ Operetten-Komödie! mit Erna Ritter Paul Westemeier.

Leberflecke Offene Beine

Barzen verschwinden radikal für immer unter Garantie. Sommerprossen, alle Gesichtsunreinheiten, Anstauung ganz loslösen, nur Hautmarke erminnt. Frau Kürschner, Hannover, Osterstraße 56. Roland, Seifgenstadt (Eichsfeld) B231

SOEBEN ERSCHIEN: N. LENIN: Die Vorbedingungen und die Bedeutung der neuen Politik Sowjetrußlands

Preis Mk. 1,- Zu beziehen durch die kommunistische Bäckerei, Breslau V, Gräbischenerstr. 45.